

# Gewerkschaftliche Monatshefte 2'90

## Zu diesem Heft

Je größer der zeitliche Abstand zum außerordentlichen Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) Ende Januar/Anfang Februar in Berlin wird, desto mehr bestätigt sich der Verdacht, daß das nicht jener gewerkschaftliche Neuanfang war, den die ökonomisch auf den Hund gebrachte DDR so dringend braucht. Zwar kann man jenen Delegierten, die sich redlich bemühten, mit ungewohnten demokratischen Verfahrensweisen konstruktiv umzugehen, die Sympathie nicht versagen, aber schließlich blieben doch eine Reihe grundsätzlicher Fragen ungestellt und sind seitdem unbeantwortet: Ist die vierzigjährige Vergangenheit der „Transmissionsriemen“- Organisation mit dem Aufdecken der machtbesessenen und korrupten Machenschaften einiger Spitzenfunktionäre bewältigt? Warum kam die alltägliche Wirklichkeit in den Betrieben kaum zur Sprache, wo altgediente FDGB-Funktionäre reihenweise weggejagt wurden, und die Belegschaften bemüht sind, neue Strukturen und Instrumente der Interessenvertretung zu finden? Warum wurden nicht jene Arbeitnehmer und Bürger zur aktiven Mitarbeit aufgefordert, die in Initiativen, neuen Parteien und Reformgruppen gewerkschaftliche Themen aufgreifen und Gewerkschaftsarbeit voranbringen wollen? Auf diese Weise würde die vielbeschworene „Einheit“ (ein Begriff, der bisher für die Symbiose zwischen Kommunistischer Partei und Gewerkschaften stand, und von daher schwer belastet ist) erst Fundament, Substanz und neuen Sinn erhalten. Warum wurde nicht das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Staat gründlicher diskutiert? Den Gewerkschaften sozusagen per Gesetzgebung Halt schaffen zu wollen, ist keine Strategie, die das Überleben in einem demokratischen Umfeld sichert.

Es bleiben viele, zu viele Fragen offen nach diesem FDGB-Kongreß. Zwar wurde eine vorsichtige personelle Neuorientierung erkennbar, aber die Zahl der Funktionäre, die in den Diensten des bisherigen FDGB und der Gewerkschaften standen, ist groß. Nicht alle von ihnen werden umdenken können oder wollen. Auch das ist keine günstige Ausgangsbedingung für einen gewerkschaftlichen Neuanfang. Alles in allem: Der FDGB ist nicht über den Berg, und es scheint mehr als fraglich, ob er es überhaupt schaffen kann.

Der DGB und seine Gewerkschaften haben die Entwicklung des FDGB seit dem Herbst 1989 ziemlich unsicher verfolgt. Nur langsam setzte sich die Erkenntnis durch, daß die alten Organisationen kaum überlebensfähig sind.

Sollte in diesem Zusammenhang die gewohnten Kontakte zu deren Repräsentanten rigoros abbrechen? Sie kannte man, während die Vertreter der Reformgruppen nur schwer einzuschätzen waren, von denen die meisten kaum Einblicke in die Produktionsarbeit oder gewerkschaftliche Erfahrungen zu haben schienen.

Ein Ausweg wurde in der Unterstützung der Einzelgewerkschaften gesehen, die - anders als in der Bundesrepublik - vom Zentralverband FDGB abhängig waren. Tatsächlich beschloß der jüngste FDGB-Kongreß eine neue Organisationsstruktur, die die Gewerkschaften - nach bundesdeutschem Vorbild - vom Dachverband unabhängig macht, insbesondere auch finanziell. Aber der rapide Vertrauensschwund in den Betrieben unterscheidet kaum zwischen FDGB und Gewerkschaften, so daß eine formelle Trennung - angesichts der sich verschärfenden ökonomischen Zwangslage und der daraus resultierenden Notwendigkeit zu handeln - kein vielversprechender Ansatz ist.

Was ist zu tun? Weniger denn je kann Zweifel daran bestehen, daß die bereits begonnenen und noch bevorstehenden finanzpolitischen, volks- und betriebswirtschaftlichen Maßnahmen in der DDR starker und funktionsfähiger Gewerkschaften bedürfen, damit die Interessen der Arbeitnehmer nicht ins Hintertreffen geraten. Wenn die bisherigen Organisationen, wie dargelegt, diese Aufgabe nicht erfüllen können, wer soll es dann tun? Können die eher zaghaften Ansätze zu gewerkschaftlichen Neugründungen schnell an Kraft und Kompetenz gewinnen? Ist es denkbar, möglich und wünschenswert, daß die bundesdeutschen Gewerkschaften Arbeitnehmer in der DDR organisieren? Ließe sich dann die Spannung zum Beispiel zwischen einem gutverdienenden Metallarbeiter aus einem baden-württembergischen Großunternehmen und einem Kollegen, der für wenig Lohn in einem maroden sächsischen Metallbetrieb arbeitet, aushalten? Soll der DGB gar, wie der Afa-Vorsitzende Dreßler vorschlägt, die gewerkschaftliche Entwicklung in der DDR steuern? Es scheint so, als sei rasches Handeln geboten, auch wenn einige grundsätzliche Probleme noch nicht geklärt sind: Schon regen sich nämlich, von westlichen Interessenten unterstützt, Tendenzen zu Richtungsgewerkschaften und Standesverbänden in der DDR. Weil der Begriff „Einheit“ dort diskreditiert ist, mag so etwas wie gewerkschaftlicher „Pluralismus“ manchem verlockend erscheinen. Es ist deshalb notwendig, daß alle in den Einheitsgewerkschaften der Bundesrepublik zusammengeschlossenen politischen, weltanschaulichen und religiösen Kräfte die unübersehbaren Vorzüge dieser Organisationsform für die Arbeitnehmer verdeutlichen und vertreten, die die westdeutschen Gewerkschaften im Vergleich mit allen Gewerkschaftsorganisationen der westlichen Industrieländer so stark gemacht haben. Angesichts dieser Stärke könnte manch einer eine „Chance“ darin sehen, das seit 1949 bewährte Organisationsprinzip sozusagen von Osten her aufzuweichen, um die Gewerkschaften in der Bundesrepublik zu schwächen. Neben Gefahren und Unwägbarkeiten bietet die Umbruchsituation aber auch die Chance zu einer zeitgemäßen Organisationsreform der seit 1949 weitgehend unveränderten Gewerkschaftsstrukturen - wobei der Reformbedarf keineswegs einseitig verteilt ist.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Dieter Wunder, hat die Grundsatzdebatte darüber begonnen, was der Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ für das Selbstverständnis der Gewerkschaften in der Bundesrepublik bedeutet.<sup>1</sup> Seine Antwort, daß die Gewerkschaftsbewegung die Chance habe, „frei von der lähmenden Hypothek des ‚realen Sozialismus‘, ohne die Krücke des besseren Sozialismus . . . ausgehend von den Bedingungen einer kapitalistischen Gesellschaft, aus eigener Kraft die Vision einer Gesellschaftspolitik“ zu entwickeln, hat Widerspruch erfahren.<sup>2</sup> Diese notwendige Auseinandersetzung muß weitergeführt werden, so daß daraus tragfähige und mehrheitsfähige Ergebnisse resultieren, die Grundlage für eine mögliche „neue“ Gewerkschaftsbewegung in Deutschland sein können. Wunder hat darauf hingewiesen, daß damit nicht unbedingt die Verabschiedung aller „Leitideen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung“ einhergehen muß. Insofern mag der Blick zurück in die Geschichte der hundertjährigen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, wie er im vorliegenden Heft ange stellt wird, auch in dieser Hinsicht von Nutzen sein. Eine gültige Schlußfolge rung hat eine Historikerin kürzlich gezogen, die in der Geschichte der Arbeiter bewegung zu Hause ist und sich um deren Zukunft Gedanken macht: „Der humane Inhalt des Sozialismus kann nur als ein demokratischer Prozeß hin zu einer solidarischen Gesellschaft umgesetzt werden“. Helga Grebing sei dieses Heft zu ihrem 60. Geburtstag gewidmet. Hans O. Hemmer

---

1 Dieter Wunder, Der Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ und das Selbstverständnis der Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 12/89.

2 Karlheinz Blessing, „Die Wirklichkeit drängt zum demokratischen Sozialismus“. Eine Replik auf Dieter Wunder, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/90.